

Kosovo – Modell für die Zukunft?

Der Kosovo-Krieg wird durch zumindest zwei Besonderheiten seinen Platz in den Annalen finden:

1. Es war der erste Koalitionskrieg in Europa im Informationszeitalter und
2. es war der erste Krieg überhaupt, der ausschließlich mit den Mitteln des Luftkrieges geführt und gewonnen wurde.

Beide Punkte allein wären es wert, den Krieg zu dokumentieren und zu analysieren, doch dieser Konflikt könnte weit größere Bedeutung erlangen. Kosovo könnte den Beginn des Prozesses markieren, an dessen Ende die Ausrottung des Krieges als Mittel der Politik in Europa steht. Kosovo könnte aber auch Geburtshelfer in der Weiterentwicklung des Völkerrechtes sein, denn einer der entscheidenden Gründe, die eine in ihren Motiven höchst unterschiedliche Koalition von neunzehn demokratischen Staaten über 78 Tage Krieg zusammenhielt, war die gemeinsame Überzeugung, daß es keiner Regierung, keinem Präsidenten künftig erlaubt sein sollte, mit „seinem“ Staatsvolk zu machen, was ihm beliebt und dabei elementares Menschenrecht zu verletzen.

Der Kosovo-Konflikt verdient ferner gründliche Auswertung, weil als Ergebnis vermutlich grundlegende Weichenstellungen für die Entwicklung einer europäischen Verteidigungsidentität vorzunehmen sein dürften und möglicherweise auch graduelle Änderungen in der NATO. Meine nachfolgenden Beobachtungen können und sollen diese Auswertung nicht ersetzen. Sie sind Anmerkungen eines Zeitzeugen, der in diesem Konflikt die Last der Verantwortung auf der höchsten Führungsebene erleben mußte.

Krisenbewältigung

Wie bei jedem Krieg wird man auch im Fall Kosovo die Frage stellen, ob Waffengewalt vermeidbar gewesen wäre. Ohne vollständige Kenntnis aller Einzelheiten der Lagebeurteilung Jugoslawiens wird die Antwort zwangsläufig unvollständig bleiben müssen. An Versuchen, den Krieg zu verhindern, war jedenfalls kein Mangel. Niemand sollte der NATO oder NATO-Staaten vorwerfen, sie hätten nicht alles versucht, einen Waffengang zu vermeiden. Da es aber an Stimmen nicht mangeln wird, die versuchen werden, die NATO zu beschuldigen, sie habe zu schnell auf die militärische Karte gesetzt, soll der Phase vor dem 24. März 1999 der erste Teil meiner Anmerkungen gewidmet sein.

Ich werde weder versuchen, die Ereignisse 1998/99 zu schildern, noch werde ich die in das 14. Jahrhundert zurückreichende Geschichte dieses Konfliktes beleuchten. Wichtig scheint mir festzuhalten, daß die Eskalation der Gewalt, die wir seit dem Frühjahr 1998 feststellen mußten, ihre Ursache in der jüngsten Geschichte seit der Aufhebung des Autonomiestatus im Jahre 1989 hatte. Von da an ist es schwer, zwischen Gewalt und Gegengewalt, zwischen Gut und Böse unterscheiden zu können. Das Frühjahr 1998 wäre vermutlich der Zeitpunkt gewesen, Entschlossenheit zu zeigen, aber das war zu früh in einer Situation, die viele NATO-Staaten noch als innere Angelegenheit ansahen und in der die Führungsmacht der NATO noch dazu eine schwere innenpolitische Krise zu bewältigen hatte. Umso eindeutiger kann man von da an zwischen den Starken und den Schwachen unterscheiden. Die Starken, die Serben, haben die Kosovaren, im allgemeinen verächtlich Skiptari genannt, systematisch unterdrückt und Verbrechen an ihnen begangen, was diese in vielfach auch nicht gerade zimperlicher und nach unserem Rechtsverständnis unannehmbare Weise ihrerseits mit Verbrechen an Serben beantworteten. Miloševićs einzige Antwort darauf war Eskalation unverhältnismäßig angewandter Gewalt und die Entschlossenheit, das UÇK-Problem im Frühjahr 1999

militärisch zu lösen. Er sagte dies General Clark und mir am 18. Januar 1999 und wir haben in unserem Bericht an den NATO-Rat am nächsten Tag keinen Zweifel aufkommen lassen, daß er die Mittel habe, diese Drohung in die Tat umzusetzen. Was wir allerdings beide nicht vorgesehen hatten, war die Deportationskampagne, die Milošević im März/April als vorgeplantes Mittel der Destabilisierung der Nachbarn umsetzte. Unser Fehler? Möglicherweise, denn wir dachten ebenso wie wohl jedermann nur in Kategorien möglicher Maßnahmen, die eine derartige Mißachtung der Menschenrechte nicht enthielten. Milošević war möglicherweise noch im Oktober 1998, als General Clark und ich in unseren 16-Stunden-Verhandlungen den Abzug substantieller serbischer Polizeikräfte und die Rückkehr der meisten Militäreinheiten in die Garnisonen im Kosovo erreichten, bereit, das von uns im Rahmen der Holbrooke-Vereinbarungen ausgehandelte militärische Paket zu akzeptieren, doch er muß seine Meinung spätestens im November 1998 geändert haben. Von da an, und sicherlich auch forciert durch das Verhalten der UÇK - vor allem ihr Nachrücken in die von den Serben verlassenen Räume - setzte er auf die militärische Karte. Als die Kontaktgruppe noch in Rambouillet und Paris eine Verhandlungslösung suchte, da lief die Operation zur ethnischen Säuberung des Kosovo bereits. Niemand sollte daher die Tatsachen umdrehen: Es war Milošević, der seinen vierten Krieg seit 1991 in Europa begonnen hatte. Er wandte Gewalt an bevor die NATO die ersten Waffen einsetzte.

Die Nachteile von Koalitionen

Milošević nutzte geschickt die Nachteile, die bei jedem Gegenspieler zwangsläufig entstehen, der aus einer Koalition besteht. Bekanntlich setzte schon Napoleon Hoffnung auf die inhärenten Schwächen von Koalitionen, die in diesem Falle vielleicht sogar noch stärker ausgeprägt waren als in anderen Kriegskoalitionen. Die neunzehn NATO-Staaten waren nicht geeint durch eine existenzgefährdende Bedrohung, sie hatten sich nur in einem langen und mühevollen Prozeß zu der gemeinsamen Ansicht durchgerungen, daß der Gewalt im Kosovo Einhalt zu gebieten sei, notfalls auch durch militärische Mittel, aber sie hatten sich nicht zum Krieg entschlossen. In Nuancen gab es durchaus Auffassungsunterschiede, die Milošević wohl auch hoffen ließen, er könne die Luftangriffe aussitzen, denn der Zusammenhalt der NATO würde früher oder später zerbrechen. Dies war vielleicht seine gravierendste Fehleinschätzung. Die Koalition hielt - eine große Leistung nicht zuletzt des NATO-Generalsekretärs Javier Solana. Milošević konnte aber, da er seit Ende Oktober/Anfang November auf Gewalt setzte, seinen Plan umfassend vorbereiten, ihn geheimhalten und ihn unter voller Nutzung der in Jugoslawien ohnehin eingeschränkten Informationsfreiheit umsetzen. Die NATO hatte dergleichen Vorteile nicht. Zum einen ist es ohnehin schwierig, wenn nicht unmöglich in einer Koalition aus demokratischen Staaten so viel Geheimhaltung zu gewährleisten, daß der Gegenspieler überrascht werden kann. Zum anderen geht jede militärische Planung in der NATO von einer genau definierten politischen Zielsetzung aus. Eine substantielle Veränderung der militärischen Pläne setzt daher im allgemeinen eine veränderte politische Zielsetzung und damit eine neue politische Entscheidung voraus. Darüber Einvernehmen mit den Nationen zu erzielen, wenn noch über politische Lösungen verhandelt wird, wie dies in der Kosovo-Krise der Fall war, ist in Demokratien mit all ihrer Offenheit wohl nicht möglich. Das Element der Überraschung - das wirksamste Instrument die Initiative zurückzugewinnen - steht daher den Planern in Koalitionen aus demokratischen Staaten grundsätzlich nicht zur Verfügung. Diese Erfahrung bedarf eingehender Betrachtung, denn Krisenbewältigung kann das primäre Ziel, einen Konflikt zu verhindern, wahrscheinlich nur dann erreichen, wenn frühzeitig die Initiative gewonnen wird und möglichst sogar präventiv gehandelt werden kann. Dies ohne das Element Überraschung zu erreichen, ist nach meiner Ansicht nahezu unmöglich. Daraus folgt, daß es Demokratien wohl kaum gelingen dürfte, in Krisen den Funken auszutreten, ehe er zum Feuer wird. Im Fall Kosovo kam als zusätzliches Problem hinzu, daß die Stabführung im politischen Krisenmanagement häufig wechselte. Ich halte das

für ebenso schädlich wie im Bereich militärischer Führung unklare Führungsverantwortung. Anfänglich lag die Stabführung in der Kosovo-Krise bei der NATO, führte dann jedoch im Frühherbst 1998 faktisch zu einer Regie der USA, ausgedrückt durch Richard Holbrookes Verhandlungen, denen die NATO durch die Zustimmung zur sogenannten *Activation Order* Nachdruck verlieh. Anfang 1999 wechselte die Federführung erneut und führte schließlich zur Stabführung durch die aus FR, GE, IT, UK, US und RUS bestehende Kontaktgruppe. Diese nur mühsam erreichte Übertragung der Verhandlungsführung wirkte sich auf den Zusammenhalt des Bündnisses negativ aus. Einige Allianznationen fühlten sich ausgeklammert, obwohl die Drohung mit militärischem Einsatz, die zur Unterstreichung der Forderungen der Kontaktgruppe nach wie vor angewandt wurde, nur mit Mitteln der NATO möglich war. Einige in der NATO sahen in der Kontaktgruppe eine Art Direktorium und dies mit russischer Beteiligung. Ergebnis war die Verselbständigung des Rambouillet-Prozesses, in dem man im übrigen entgegen militärischem Rat und entgegen den Erfahrungen von Dayton die sicherheitsrelevanten und damit für Jugoslawien besonders schwierigen Fragen an das Ende der Verhandlungen schob, um die Russen an Bord zu halten. Die aber stützten Milošević's Forderung eisern, keine fremden Truppen auf jugoslawischen Boden zuzulassen. NATO-Präsenz im Kosovo war und ist aber für die Kosovaren und die UÇK die Voraussetzung, um die Entwaffnung der UÇK - eine der zentralen Forderungen Milošević' gegenüber Clark und mir - zu erreichen, nachdem die serbischen Sicherheitskräfte sich durch ihr Verhalten um jegliches Ansehen und alle Glaubwürdigkeit gegenüber den Kosovaren gebracht hatten.

Als der Rambouillet/Paris-Prozeß dann scheiterte, wechselte die Stabführung wieder zur NATO, die nun aber keine Möglichkeit mehr für weitere nennenswerte diplomatische Aktivitäten hatte. Sie war damit, ohne selbst voll am diplomatischen Prozeß beteiligt zu sein, in die Rolle des Ausführenden gedrängt und hatte zu handeln. Hätte sie nicht gehandelt, hätte die Glaubwürdigkeit der Allianz nach Monaten des Drohens - eine Haltung, die alle NATO-Staaten gebilligt hatten -, irreparablen Schaden genommen. Neben der Frage der Glaubwürdigkeit, so meine ich, ist als noch viel wichtiger die Frage der moralischen Legitimation zu nennen: Hätten die NATO-Staaten erneut weggesehen, wie im Falle Vukovars und Dubrovniks, um nur zwei der von Milošević seit 1991 zu verantwortenden Fälle zu nennen, dann hätten sie indirekt Milošević's Krieg gegen das eigene Volk sanktioniert. Ich meine, dies hätte mehr Schuld auf sich zu nehmen bedeutet als die schwere Entscheidung, ohne UN-Mandat am 24. März Luftoperationen zu beginnen. Aber es gilt auch hieraus zu lernen: So wie man in militärischen Operationen nach Möglichkeit niemals die Führung mitten in einer Operation wechselt, so sollte man auch im Krisenmanagement die Fäden durchgehend in einer Hand lassen.

Die Rolle Rußlands

Eine andere alte Erfahrung wurde neu gelernt: Man darf Lenkungsbefugnisse im Krisenmanagement nur mit denen teilen, die gleiche Ziele haben. Auch dagegen verstieß man, als die Kontaktgruppe ins Spiel gebracht wurde, denn Rußlands Ziele waren und sind natürlich nicht identisch mit denen der NATO. Rußland wollte zunächst einmal verhindern, daß Waffengewalt ohne UN-Mandat angewandt wird, was verständlich ist. Rußland wollte aber auch verhindern, daß die NATO eine entscheidende Rolle auf dem Balkan spielt. Andererseits war Rußland nicht bereit, seiner Mitverantwortung für Sicherheit und Stabilität in Europa zu entsprechen und zuzustimmen, daß dem Treiben der serbischen Soldaten im Kosovo durch Stationierung einer internationalen, von der NATO als dazu einzig befähigter Organisation geführten Friedenstruppe ein Ende gemacht wurde. Daran ist letztlich der Rambouillet/Paris-Prozeß gescheitert, obwohl jedermann wußte, daß es schlechterdings unverantwortlich war, die Kosovaren schutzlos ihren Peinigern auszusetzen. Rußland hat die Quittung für sein Verhalten bekommen als sein Revolutionsentwurf, der ein sofortiges Ende

der NATO-Luftoperationen vorsah, im Sicherheitsrat mit 12:3 Stimmen nicht einmal zur Abstimmung zugelassen wurde. Von da an, in Erkenntnis der selbstverschuldeten Isolation, suchte Rußland den Weg zurück in die gemeinsame Verantwortung, ohne sich deshalb mit den Zielen und dem Vorgehen der NATO zu identifizieren. Rußland hat auch heute kein Interesse der NATO zum Erfolg zu verhelfen, aber Rußland hat erkannt, daß es nur ein respektierter Partner des Westens sein kann, wenn es auf dem Balkan mit Verantwortung übernimmt. Rußland hat mit seiner am Ende konstruktiven Haltung auch geholfen, die Vereinten Nationen wieder ins Spiel zu bringen, die nicht zuletzt wegen der Haltung Rußlands und Chinas verurteilt waren, zuzusehen, wie in Europa ein erneuter Versuch ethnischer Säuberung unternommen wurde.

Auch hieraus gilt es Lehren für die Zukunft zu ziehen, Lehren, die einerseits auf Handlungsfähigkeit der UN und andererseits auf Weiterentwicklung des Völkerrechtes zielen. Diese Fortentwicklung ist Voraussetzung dafür, daß Alleingänge in Zukunft ausgeschlossen werden und dennoch die Menschenrechte geschützt werden, was letztendlich ja das Ziel der Vereinten Nationen ist. Vor diesem Hintergrund gilt es nachzudenken, ob und wie das Völkerrecht fortentwickelt werden kann, um eine eindeutige Rechtsgrundlage dort zu schaffen, wo eine Regierung in eklatanter Verletzung der Menschenrechte glaubt mit Teilen ihrer Bürger machen zu können, was sie will. Dies aber kann und soll nicht Gegenstand meiner Anmerkungen sein.

Destabilisierung Südosteuropas

Kritiker der NATO-Entscheidung, Milošević durch militärische Gewalt zum Einlenken zu zwingen, haben auch vorgebracht, die NATO habe die Gefahr der Destabilisierung Südosteuropas als Folge militärischen Handelns nicht ausreichend in Betracht gezogen. Ich meine, diese Kritik ist unberechtigt, das Risiko wurde gesehen. Allerdings hatten wir nicht mit der Deportationskampagne gerechnet, die Ende März als Teil des serbischen Plans zur Bereinigung des Kosovo-Frage anließ. Ich kenne niemanden, der dies für möglich gehalten hätte. Gewiß, wir hatten mit Flüchtlingen gerechnet und auch vorsorglich dem UNHCR Hilfe angeboten, die vom UNHCR mit dem Hinweis abgelehnt wurde, man glaube, das Problem mit eigenen Mitteln bewältigen zu können. Auch daraus gilt es für künftige Krisen zu lernen. Wir müssen mit asymmetrischen Antworten in Konflikten dieser Art rechnen. Wir hatten uns in dieser Kategorie auf terroristische Angriffe aller Art eingestellt, aber wir hatten nicht erwartet, daß Milošević unter Bruch der eigenen Verfassung Schritte tun würde, die eine Rückkehr der Kosovaren unter die Herrschaft Milošević's und der Serben unmöglich machen würden.

Hätte Kenntnis der Pläne Milošević's zur Entvölkerung des Kosovo die NATO veranlaßt, nicht zu handeln? Ich glaube nicht, denn das Vorgehen der serbischen Seite war eine so ungeheuerliche Verletzung von Menschen- und Völkerrecht, daß niemand es dulden konnte, es sei denn, er wollte sich zum Komplizen und damit mitschuldig machen.

Aber auch aus dem Flüchtlingsdrama gilt es zu lernen. Die NATO konnte relativ rasch Truppen nach Albanien und FYROM (Makedonien) entsenden oder besser gesagt umwidmen, weil diese Truppen als Truppenteile der ehemaligen „Extraction Force“ in Makedonien waren. Ohne diesen glücklichen Zufall hätte Milošević möglicherweise sein denkbares Ziel erreichen können, Albanien und Makedonien so zu destabilisieren, daß beide Länder keine andere Wahl gehabt hätten, als auf Zusammenarbeit mit Milošević zu setzen.

Andere als militärische Mittel

Auch daraus gilt es zu lernen, denn es reicht nicht aus, zur Krisenbewältigung nur die Peitsche zu schwingen, d.h. auf militärische Lösungen zu bauen. Man braucht auch das

Element Zuckerbrot, d.h. wirtschaftlich/finanzielle Hilfe, das verbunden mit einer offensiven Informationskampagne helfen könnte, die Menschen nicht nur zu informieren, sondern ihnen auch aufzuzeigen, daß es lohnend sein könnte, sich dem konfrontativen Kurs Milošević's zu verweigern. Der NATO steht das Element „Zuckerbrot“ de facto nicht nur zur Verfügung, obwohl die Mitgliedsstaaten dies ändern konnten.

Die Entscheidung

Als Fazit dieser Betrachtung der Situation vor dem 24. März 1999 kann man festhalten, daß die Entscheidung, das Kosovo-Problem gewaltsam zu lösen, in Belgrad gefallen war, kurz bevor die NATO zu den Waffen griff. Milošević war vermutlich davon überzeugt, daß dieser Schritt letztlich doch im Einklang mit der Ansicht der Staatengemeinschaft getan werden könne, da breiter Konsens besteht, gegen Terrorismus mit allen verfügbaren Mitteln vorgehen zu müssen. Er rechnete ferner mit Uneinigkeit in der NATO und er baute auf Rußlands Nein zu jeglicher Gewaltanwendung gegenüber einem souveränen Staat ohne UN-Mandat. Er nahm somit an, er könne erneut ungestraft Krieg in Europa führen. Das war sein entscheidender Fehler.

In der NATO hatte insbesondere die Frage des Verhältnisses zu Rußland eine gewichtige Rolle gespielt. Aber als die Uneinsichtigkeit Rußlands gegenüber denen, die Kosovo als integralen Bestandteil Jugoslawiens und die Entwaffnung der UÇK bei gleichzeitiger Stationierung einer internationalen Friedenstruppe wollten, um den Menschen im Kosovo eine friedliche und menschenwürdige Zukunft zu sichern, offensichtlich wurde und das Auftreten der russischen Vertreter im NATO-Rußland-Rat mehr und mehr nach drohender Erpressung klang, da weigerten sich endlich auch die NATO-Nationen, die der Einbindung Rußlands oftmals mehr Gewicht beimaßen als dem Zusammenhalt der Allianz, Rußland ein de facto Veto-Recht zuzugestehen. Es war zu offenkundig, daß Rußland einen Präzedenzfall für seine Auslegung der NATO-Rußland-Akte schaffen und gleichzeitig verhindern wollte, daß die NATO einen Präzedenzfall für eine humanitäre Intervention in einem souveränen Staat ohne UN-Mandat schafft. Im Grunde genommen standen sich zwei Entwürfe europäischer Sicherheit gegenüber: der NATO-Ansatz, der auf der funktionierenden NATO fußend kooperative Sicherheit durch Partnerschaft sucht und der russische Ansatz, der ausgehend von der OSZE eine neue, in ihrer Wirksamkeit unerprobte Sicherheitsregelung für Europa sucht, die Rußland wieder auf die Ebene einer entscheidenden Großmacht bringt. Die NATO-Staaten entschieden sich für den pragmatischen Ansatz, der in unruhiger Zeit von Bewährtem ausgeht und sie entschieden sich zu handeln, um zu verhindern, daß im Kosovo Menschenrechte mit Füßen getreten werden. Sie entschieden sich trotz mancher Bedenken gegenüber der UÇK und sie machten deutlich, daß die Luftoperation *Allied Force* weder der Unterstützung der UÇK dient noch als Präzedenzfall für künftiges Handeln der NATO gesehen werden darf.

Die Luftoperation Allied Force

Die NATO ging am 24. März nicht davon aus, daß sie 78 Tage Luftoperation erleben würde, weil wir alle annahmen, daß Milošević, der wußte, daß er gegen die NATO militärisch nie gewinnen kann, ein Minimum an Verantwortung für sein Volk zeigen würde. Die NATO hat diese Operation durchhalten können, weil mit dem Erfolg die Hoffnung verbunden war, Krieg als Mittel der Politik in Europa ausrotten zu können. Sie hat diese 78 langen Tage und Nächte auch durchhalten können, weil Milošević einen zweiten entscheidenden Fehler machte, als er die brutale Deportation der Kosovaren durchführen ließ. Der ohnmächtige Zorn, mit dem wir alle das Elend der Kosovaren mitansehen mußten, war ein nicht zu unterschätzender Faktor für den Zusammenhalt der NATO und ihre Unterstützung durch zahlreiche Nicht-NATO-Staaten.

Was können wir aus Vorbereitung und Durchführung lernen?

Diese Frage möchte ich in zwei Abschnitten nachgehen: Im ersten wende ich mich den Fragen zu, die die NATO erörtern sollte und im zweiten will ich darlegen, welche Konsequenzen sich aus meiner Sicht für die europäischen NATO-Verbündeten ergeben.

Lehren für die NATO

Die zentrale Frage in der Vorbereitung wie während der Operation war, warum die NATO den Einsatz von Landstreitkräften ausgeschlossen hat.

Die „Bodentruppen - Diskussion“

Jedermann war klar, daß man Übergriffe gegen die Zivilbevölkerung im Kosovo nur verhindern kann, wenn man mit bewaffneten Kräften auf dem Boden im Kosovo präsent ist. Daher war auch zu keiner Zeit umstritten, daß die Endphase jeder NATO-Operation eine, von der NATO geführte Friedensstruppe nach sich ziehen würde. Ich habe dies dem NATO-Rat am 10. Juni 1998 in eindeutigen Worten vorgetragen als ich - ebenso eindeutig - die Grenzen von Luftoperationen zur Durchsetzung politischer Forderungen bewertete.

Die Frage war daher, wie kann man am schnellsten und mit dem geringsten Risiko das Ziel der NATO erreichen, Autonomie für das Kosovo und Achtung der Menschenrechte für alle seine Bewohner zu gewährleisten und gleichzeitig den Zusammenhalt der NATO wahren.

Eine der im Juni 1998 betrachteten Optionen war eine auf das Kosovo begrenzte Landoperation, deren Ziel es sein sollte, die Voraussetzungen für die Stationierung einer Friedensstruppe auch gegen den erwartenden Widerstand der jugoslawischen Armee zu erzwingen. Wir haben eine solche Operation als grundsätzlich machbar bewertet, aber auch klar die Risiken hinsichtlich wahrscheinlicher eigener Verluste, der Dauer einer solchen Operation herausgestellt und einen Umfang von mehr als 100.000 Mann als erforderlich bezeichnet.

Die Luftoperation wurde in ihren Möglichkeiten, aber auch in ihren Grenzen dargestellt. Vor allem wurde in dieser Sitzung von militärischer Seite deutlich herausgestellt, daß man bereit sein müsse, die Operation notfalls unter Eskalation zu Ende zu bringen, wenn man sie einmal begonnen habe. Vor dem Hintergrund der Tatsache, daß es noch nie gelungen war mit den Mitteln des Luftkrieges die Durchsetzung politischer Ziele zu erzwingen, wurde davor gewarnt, allein auf diese Karte zu setzen und betont, daß Luftkrieg allein das zusätzliche Risiko in sich berge, den Rückhalt Milošević's im eigenen Volk zu stärken.

Diese zur Vorsicht mahnende Linie und die Präferenz für eine kombinierte Land-Luftoperation, allerdings unterhalb einer Invasion Jugoslawiens, wurde von den Militärs der NATO konstant durchgehalten. Sie mag auch dazu beigetragen haben, daß die NATO lange zögerte, ehe sie Ende März 1999 zu den Waffen griff. Die Diskussionen im NATO-Rat machten allerdings auch frühzeitig klar, daß es keinen Konsens geben würde, Landstreitkräfte angriffsweise in den Kosovo eindringen zu lassen. Die Gründe dafür waren vielschichtig. Da war die für Demokratien typische Neigung, Verluste unter den eigenen Soldaten um nahezu jeden Preis zu meiden. Da war die durchaus richtige Argumentation, Serbien nicht da zu packen, wo es vermutlich am stärksten war, nämlich im Kampf auf dem Boden. Es gab das Argument, daß man angesichts der kurzen Spanne guten Wetters von Mai bis September das Mittel umsetzen sollte, das den schnellsten Erfolg verspräche und das war das Mittel des Luftkrieges. Da waren schließlich Argumente wie das Risiko der Ausweitung des Konfliktes und die Gefahr einer Verwicklung Rußlands. All diese Gründe führten zu der Entscheidung, die weiteren Planungen auf eine begrenzte Luftoperation zu konzentrieren, deren Ziel es war, Milošević zur Annahme einer, von einer NATO-Truppe gesicherten Autonomieregelung für

das Kosovo zu zwingen. Zusätzlich wurden die Planungen für die Verlegung und Stationierung einer Implementierungstruppe KFOR fortgeführt.

Niemand sollte sagen, dieser Ansatz sei von Anfang an fehlerbehaftet gewesen. Es ist grundsätzlich auch aus militärischer Sicht richtig, den Weg zu wählen, der bei geringsten eigenen Verlusten den raschest möglichen Erfolg verspricht. Dennoch gab es Elemente der Durchführung, die fehlerbehaftet waren und aus denen man lernen kann, was man in künftigen Krisen besser machen könnte und sollte. Eines davon ist, daß selbst bei einer Beschränkung auf Luftoperationen Landstreitkräfte zur Eindämmung des Konfliktes an den Rändern des Krisengebietes stationiert werden sollten, um der eigenen Seite Optionen offen zu halten und den Opponenten im Ungewissen zu lassen.

Ungewißheit im Krisenmanagement

Eine zentrale Rolle im Krisenmanagement spielt das Element der Ungewißheit über das Risiko im Kalkül der Opponenten. Viele Politiker in den NATO-Ländern haben durch ihre öffentlichen Äußerungen, mit denen sie aus innenpolitischen Gründen den Einsatz von Landstreitkräften schon vor den ersten Luftangriffen ausschlossen, Milošević die Gewißheit gegeben, daß die NATO nicht in Jugoslawien einmarschieren würde. Er konnte daraus ableiten, daß eine Chance bestünde, die NATO-Entscheidung zum Waffeneinsatz zu verhindern, zumindest aber die Allianz nach den ersten Einsätzen durch eine Mischung aus Diplomatie und Desinformation zu spalten, wenn er die ersten Schläge einfach wegsteckte. Ferner gewann er Zeit, zumindest aber konnte er schätzen, wieviel Zeit ihm bleiben würde, seine Operation gegen die UÇK vorzubereiten und durchzuführen. Dieser Fehler, Milošević Gewißheit zu geben, wurde während der Luftoperation durch Politiker einer Reihe von NATO-Ländern wiederholt und jedes dieser Statements mag Milošević bestärkt haben, die Luftangriffe auszusitzen bis der Zusammenhalt der NATO bricht. Haben die Äußerungen vor dem Konflikt Milošević möglicherweise glauben gemacht, die Drohungen der NATO seien nur ein Bluff und ihn indirekt bestärkt im Frühjahr 1999 auf die militärische Karte zu setzen, so haben die Stellungnahmen während des Konfliktes voraussichtlich dazu beigetragen, den Luftkrieg zu verlängern. Die Lehre daraus für die Zukunft sollte sein, keine Erklärungen abzugeben, die dem Gegenspieler Gewißheit geben, wie weit man gehen will. Ich weiß, daß dies in parlamentarischen Demokratien nicht leicht ist, aber wenn Politik und Medien die Folgen bedenken, dann sollte es möglich sein, Wege zu finden. Ich meine, es sollte möglich sein, sich in den Gremien der Allianz und der nationalen Parlamente eindeutig politisch zu verständigen, daß man keine Landstreitkräfte angriffsweise einsetzen wird, ohne darüber öffentlich zu reden, zumindest aber eine Sprache zu finden, die auslegungsfähig ist. Sollte es aus welchen Gründen auch immer nicht möglich sein dies zu tun, dann gilt es wenigstens praktische Signale zu geben, die den Gegenspieler unsicher werden lassen. Politik wie Militär haben dazu Möglichkeiten, die im Kosovo-Konflikt nicht oder nicht voll genutzt wurden. Ich hatte in einer Sondersitzung des NATO-Militärausschusses auf Ebene der Generalstabschefs unmittelbar vor dem Gipfel in Washington eindringlich gebeten, solche Signale zu erwägen. Signale, die auf serbischer Seite Unsicherheit erzeugt hätten, wären Schritte gewesen, die man in Belgrad im Gegensatz zu den politischen Erklärungen der NATO-Staaten als praktische Vorbereitungen für eine Landoperation hätte deuten können. Dazu hätten insbesondere Übungen, der in Makedonien stationierten KFOR-Elemente zählen können. Ein Bataillonsgefechtsschießen eines Panzerbataillons in Grenznähe, in dem Angriff gegen Feind in befestigten Stellungen geübt wird, verbunden mit ein paar Fehlinformationen über Funk, Gespräche mit Regierungen der Nachbarländer über Stationierungs- und Überflugrechte, Verlegung zusätzlicher Munitions- und Betriebsstoffvorräte in die Nachbarländer, Übungen der Pioniere, in denen das Überwinden von Sperren im Angriff geübt wird bis hin zur Ankündigung weiterer Truppenverlegungen oder der Teilmobilmachung, das sind Beispiele

für Schritte, die Rätselraten in Belgrad hätten auslösen können, ohne damit über das gegebene politische Mandat hinauszugehen. Aus meiner Sicht ist es unabweisbar, in künftigen Einsätzen einen regelrechten militärischen Täuschungsplan für die strategische Ebene zu erarbeiten, um beim Gegenspieler Ungewißheit über nächste Schritte zu erzeugen. Wäre dann noch eine gewisse Zweideutigkeit in den politischen Äußerungen zu erreichen, dann dürfte es jedem Gegner schwerfallen, den nächsten Zug der NATO zu ahnen.

Ergänzung durch nicht-militärische Maßnahmen

Ein anderes Element, das in den Aktionen der NATO zu kurz kam, war die Anwendung nicht-militärischer Maßnahmen, die geeignet sind, Druck auf das Regime auszuüben. Dazu können so heikle Schritte zählen wie die Sperrung oder Beschlagnahme von Bankkonten bis hin zur Ausschaltung der Medien. Letzteres fällt Demokratien sehr schwer, denn Freiheit der Berichterstattung durch Militäreinsätze demokratischer Staaten einzuschränken ist fast so etwas wie ein Widerspruch zu den Prinzipien für deren Durchsetzung wie zu den Waffen griffen.

Andererseits darf man nicht dem, den man zum Einlenken zwingen will, die Freiheit der Anwendung aller Mittel lassen und sich selbst darauf beschränken, nur das letzte Mittel der Politik, den militärischen Einsatz anzuwenden, aber alle anderen Instrumente nicht zu nutzen, obwohl sie geeignet wären, die Macht des Gegenspielers über seinen Staat zu brechen, um damit den Weg zum Sieg und zur Durchsetzung der eigenen politischen Ziele zu ebnen. Im Falle des Kosovo wäre die Konzentration aller Maßnahmen der NATO auf die Stützen der Macht Milošević's, d.h. auf den Polizeiapparat, die staatlich kontrollierten Medien und die Milošević stützenden Wirtschaftsbesitzer sicher wünschenswert gewesen. Dieser Ansatz fand jedoch nicht allgemeine Zustimmung und daher wurden erst gegen Ende der Luftoperation einige der relevanten Ziele freigegeben. Es bedarf der Analyse um herauszufinden, ob frühere Freigabe ein früheres Ende bewirkt hätte. Als Lehre scheint mir aber festzustehen, daß man mit dem Entschluß zum Waffeneinsatz auch bereit sein muß, nicht nur eine militärische Operation durchzuführen, sondern Krieg in seiner ganzen Vielschichtigkeit zu führen.

Beschränkung der Operationsführung

Es ist während der Luftoperationen gelegentlich Klage geführt worden, daß uns Soldaten Fesseln angelegt worden seien und es zuviel Mitsprache der Nationen in der Zielplanung gäbe. Ich kann diese Vorwürfe nicht bestätigen. Ich habe dem NATO-Rat und damit den Nationen zu bescheinigen, daß man im allgemeinen und von gewissen Anlaufschwierigkeiten abgesehen der militärischen Führung der NATO Freiraum gab und Vertrauen entgegenbrachte. Natürlich wurden die Zielkategorien politisch entschieden, und das darf nicht geändert werden, aber die Festlegung der einzelnen Ziele blieb militärische Entscheidung. Daß die Nationen, deren Streitkräfte das jeweilige Ziel angreifen, dann noch intern prüfen, ob der Auftrag aus nationaler Sicht der Beschluslage entspricht, scheint mir normal und in einer Koalition von Staaten mit im Detail höchst unterschiedlichen nationalen Gesetzen unabänderlich zu sein. Ich sehe hier keine grundlegende Änderungsmöglichkeit, wenngleich die Nationen gut beraten sind, ihr Verhalten kritisch zu überprüfen. Hinzu kommt, daß dieses Verfahren zeitaufwendig ist und Risiken in sich birgt, etwa daß Informationen auch in die Hände Unbefugter gelangen könnten. Es ist eine Lehre ohne nennenswerte Chance der Verbesserung, daß Koalitionen grundsätzlich anfälliger für Sicherheitslücken sind als die doch relativ geschlossenen Führungsgremien von Nationen.

Koalitionskrieg im Informationszeitalter

Das Informationszeitalter verschärft dieses Problem zusätzlich und die NATO mußte in der Tat lernen, wie man Koalitionsoptionen im Informationszeitalter führt und sie mit den Bedingungen operativer Sicherheit in Einklang bringt. Um es gleich zu sagen: Die NATO hat in diesem Teil der Operation wohl am meisten lernen müssen, aber sie hat noch lange nicht ausgerechnet. Natürlich hat es eine Nation auch hier leichter, denn in der Koalition wollen die Nationen die Information haben, bevor die Allianz sie der Welt kundtun darf, wollen die politischen Gremien unterrichtet sein, bevor die Öffentlichkeit informiert wird. Hinzu kommt, daß die Medien Information auch dann verbreiten können, wenn sie noch Gerücht ist, eine Organisation wie die NATO aber nur bestätigte Information nutzen kann. Die Bestätigung aber kostet auch in Zeiten verzugsarmer Führungssysteme Zeit. Dieses Dilemma hat die NATO vom ersten bis zum letzten Tag der Luftoperation begleitet. Zwar wurde die Allianz von Tag zu Tag besser, aber die jugoslawische Agentur Tanjug konnte eben am Morgen sagen, was sie wollte und die NATO antwortete erst um 15:00 Uhr in ihrem Pressebriefing. Das sind acht bis neun Stunden Informationsvorteil, und acht bis neun Stunden politischen Nachteils. Aus meiner Sicht gilt es den Komplex Informationspolitik besonders gründlich zu analysieren. Wir müssen Verfahren entwickeln, wie man auch im „information war“ die Initiative gewinnen und behalten kann.

Information und operationelle Sicherheit

Information hat aber auch eine Sicherheitsseite der Medaille. Es gab immer wieder Vorwürfe, die NATO gebe keine Einzelheiten preis, obwohl es doch offenkundig sei, daß die Luftangriffe diesem oder jenem Ziel gegolten hätten. Kritiker übersahen dabei vielfach, daß ein Ziel, z.B. ein Flugplatz, aus Einzelzielen besteht und erst nach Auswertung aller Unterlagen über den Angriff etwas zum Angriffserfolg gesagt werden kann. Aus der Stellungnahme der NATO könnte der Gegner Andeutungen herauslesen, ob und in welchem Maße mit erneuten Angriffen auf dieses Ziel zu rechnen ist. Das würde ihm erlauben, seine Flugabwehr entweder auszudünnen oder zu verstärken oder umzugruppieren. Die Folge wären Nachteile für die Allianz. Auch dies ist ein Dilemma, das wir bis auf weiteres nicht auflösen können. Eine Lehre kann man daraus kaum ziehen. Es bleibt eine Herausforderung für die militärische Führung mehr und schnellere Informationen zu ermöglichen, denn Rückhalt für die eigene Operation sichert man sich nur durch Information der eigenen Öffentlichkeit und möglichst auch der Öffentlichkeit der Gegner. Andererseits bleiben auch die Medien aufgefordert, den Aspekt operationeller Sicherheit nicht aus den Augen zu verlieren.

Konsequenzen für die NATO-Streitkräfte

Folgenschwerer als diese Aspekte der Durchführung sind die Konsequenzen für die Streitkräfteplanung. Dies gilt sowohl für die NATO wie insbesondere für die europäischen NATO-Staaten.

Aus Allianzsicht sind im wesentlichen vier Bereiche zu nennen, die Verbesserungsschritte verlangen:

Im Bereich Führung gilt es zunächst bei vorhandenen Systemen für Verbesserungen bei der sicheren Übermittlung von Daten und Signalen aller Art zu sorgen und, wie beabsichtigt, sobald wie möglich moderne Übertragungstechniken und Führungssysteme einzuführen.

Im Bereich Aufklärung wurde erneut deutlich, daß z.B. ein abstandsfähiges Aufklärungssystem, das Bewegungen auf dem Boden feststellen kann, eine dringlich benötigte Ergänzung der durch das AWACS für den Luftraum vorhandenen Aufklärungsfähigkeit ist. Ein solches System hätte nicht nur gute Zieldaten im Kosovo liefern können, sondern auch lückenlosere Informationen über die Flüchtlingsbewegungen geben können, als es durch Rückgriff auf

amerikanische Systeme allein möglich war. Aber auch das Potential unbemannter Aufklärungsflugkörper, sogenannter RPV, gilt es intensiver zu nutzen.

Ein weiterer kritischer Bereich, wo Defizite zu verzeichnen waren ist die Luftbetankung (AAR). Es scheint prüfenswert, eine *NATO Air to Air Refuelling Component* einzurichten. Sie könnte analog zur *AWACS Component* multinational organisiert sein und dazu dienen, die AAR-Kapazitäten der größeren NATO-Nationen zu ergänzen.

Schließlich scheint es überlegenswert, Spezialkräfte für *Information Operations* zu schaffen. Ihre Aufgabe wäre es, das Führungssystem eines gegnerischen Landes im weitesten Sinn zu lähmen oder auszuschalten. Wegen der politischen Implikationen eines solchen Einsatzes wäre es sinnvoll, eine solche Truppe multinational zu organisieren und sie als *NATO Command Force* zur unmittelbaren Verfügung des NATO-Rates SACEUR direkt zu unterstellen. Prüfenswert wäre auch, ob eine solche Truppe nicht auch in der Lage sein sollte, die Bevölkerung des Gegenlandes mit wahren Rundfunk- oder Fernsehnachrichten zumindest in begrenztem Maße zu versorgen, um die Wirkung staatlich gelenkter Propaganda zu mindern.

Konsequenzen für Europa

Tiefgreifender als diese Verbesserungen im Streitkräftedispositiv der NATO müssen die Änderungen bei den europäischen NATO-Partnern ausfallen. Der Unterschied zwischen der militärischen Leistungsfähigkeit der europäischen NATO-Staaten und jener der USA ist im Kosovo-Konflikt in einer Deutlichkeit zu Tage getreten, die den politisch Verantwortlichen in Europa zeigte, daß es um weit mehr geht als um Diskrepanzen in militärischer Leistungsfähigkeit, nämlich um die eigenständige Urteils-, Entscheidungs- und Handlungsfähigkeit Europas, der EU. Diese zu erreichen ist nicht nur für die Ausgestaltung der künftigen Rolle Europas essentiell, sie ist auch erforderlich, um die USA dauerhaft an Europa gebunden zu halten. Dies aber ist entscheidend für Sicherheit und Stabilität in einem Europa, das noch etliche Jahre mit der Bereinigung all der Verwerfungen zu tun haben wird, die als Spätlasten des 20. Jahrhunderts auf Lösungen warten, das mit Instabilität in Nordafrika und im Nahen Osten fertig werden muß und das über Jahre mit einem mit sich selbst im unklaren befindlichen, instabilen Rußland leben muß, dessen Zukunft noch nicht eindeutig vorhersehbar ist und das die vereinte Kooperation Europas und der

USA für viele Jahre brauchen wird. Amerika an dieses unruhige Europa gebunden zu halten, wird nur gelingen, wenn Europa seinen Teil der Lasten selbständig schultert und bereit ist, Solidarität mit den USA dort zu zeigen, wo auch die einzig wahrhaft globale Macht politische Unterstützung braucht.

Weder im Vorfeld des Konfliktes noch während der Luftoperationen verfügte Europa über ausreichend eigene Informationen, um zu einem unabhängigen Lagebild zu kommen, das Grundlage und Voraussetzung eigenständiger Entscheidung ist. Richtigerweise hat der EU-Gipfel in Köln vor wenigen Wochen der Beseitigung dieses Mangels höchste Priorität eingeräumt. Ich habe unmittelbarer als jeder andere Europäer miterlebt, daß die USA in der Kosovo-Krise in bislang unbekannt umfassender Weise sensitive Aufklärungsergebnisse der NATO zur Verfügung stellten. Aber in unseren Lagebeurteilungen wären wir eben noch sicherer gewesen, hätten wir mehr und vor allem bessere europäische Aufklärungsergebnisse gehabt. Die Lagebeurteilung als Synthese aus europäischer und amerikanischer Einschätzung entstehen zu lassen und dabei auf einer in etwa vergleichbaren Ausgangsbasis aufbauen zu können, das ist Anfang und Kern des Krisenmanagements. Darum hat die Forderung hier Verbesserung zu erreichen politische Bedeutung und ist eine wichtige Voraussetzung europäischer politischer Handlungsfähigkeit.

Ähnliches gilt für die Führungsfähigkeit in Krisen. Die Fähigkeit der USA, ein nahezu Echtzeit-Lagebild aller eingesetzten Kräfte zu haben, besitzt kein europäischer Staat auch nur

annähernd. Auch hier gilt es aufzuholen, denn verzugsarme Führung ist eine weitere Voraussetzung erfolgreichen Handelns in Krisen und Konflikten. Heute erreicht Europa weder die Standards der USA in der Verschlüsselung der Information noch die Vielfalt und Redundanz der Führungsmittel und zusätzlich gibt es Interoperabilitätsprobleme. Auch hier scheint mir intensive Auswertung der gewonnenen Erfahrungen und rasches Handeln nötig.

Europa sollte aber auch in der Durchführung militärischer Operationen in der Lage sein, seinen angemessenen Teil zu schultern. Im Kosovo-Konflikt zeigten sich manche Defizite, die insbesondere in der Anfangsphase der Luftoperation auch politische Dimension annahmen. Die ersten Operationen sahen fast ausschließlich den Einsatz von Waffensystemen vor, die ohne das Eindringen bemannter Flugzeuge in den gegnerischen Luftraum die Führungs- und Luftverteidigungssysteme Jugoslawiens ausschalten sollten. Europa konnte an diesen Operationen mangels Material so gut wie nicht teilnehmen, denn nur Großbritannien war in der Lage, ein mit Cruise Missiles bestücktes U-Boot zur Verfügung zu stellen. Ich bin der Ansicht, daß dieses Ungleichgewicht zu beseitigen ist, denn es ist dem Zusammenhalt im Bündnis abträglich, wenn die Last einer Operation nahezu auf einer Schulter ruht. Diesem Mangel Abhilfe zu schaffen, ist zum Teil bereits Gegenstand der Planung bei einigen Nationen. Es scheint auch vorstellbar, eine Art europäischen multinationalen Strike-Verband zu schaffen, der gerade zu Beginn von Operationen dem Europa der EU oder zumindest den europäischen Nationen, die NATO und EU-Mitglied sind, mehr Handlungsoptionen geben könnte.

Aber auch in anderen Bereichen der Rüstung zeigten sich Schwächen bei den Streitkräften der europäischen NATO-Staaten. Ich möchte nur einige Beispiele nennen, die verständlich machen sollen, warum der Großteil der eingesetzten Flugzeuge von den USA gestellt wurde. Die Bewaffnung europäischer Jagdbomber mit Abstandswaffen bedarf ebenso der Verbesserung wie die Nachtkampf- und Allwetterfähigkeit sowie die Ausstattung mit Präzisionswaffen. Nur diese Waffen erlauben es, den Auflagen zu entsprechen, eigene Verluste auszuschließen und Kollateralschäden weitgehend zu vermeiden. Eine andere Schwäche vieler europäischer NATO-Luftstreitkräfte ist die begrenzte Fähigkeit, außerhalb des eigenen Territoriums zu operieren. Zum Teil konnte dies durch die hervorragende Leistung der italienischen Luftwaffe ausgeglichen werden, die in vorzüglicher Weise die NATO-Luftstreitkräfte unterstützte, obgleich diese besondere Last in Italien politisch nicht einfach zu bewältigen war. Andererseits erschwerten fehlende Standardisierung und kleine technische Unterschiede bei ansonsten identischen Flugzeugtypen die Zusammenarbeit. Auch hieraus gilt es Konsequenzen zu ziehen, denn Einsätze außerhalb des eigenen Hoheitsgebiets dürften in der Zukunft voraussichtlich häufiger eintreten als der Einsatz von den Heimatbasen aus. Teile der Luftstreitkräfte müssen verlegefähig sein und in der Lage auch dann Einsätze zu fliegen, wenn es keine oder nur geringe Unterstützung durch eine Gastregierung gibt. Zusätzlich gilt es weiterhin ein höheres Maß an Interoperabilität und Standardisierung zu erreichen.

Luftbetankung ist ein weiterer, bereits erwähnter Schwachpunkt. Ihn zu beseitigen ist dringlich und entscheidend. Unzureichende Luftbetankungsfähigkeiten können dazu führen, daß trotz vorhandener Flugzeuge nicht die erforderliche Intensität von Luftoperationen erreicht werden kann. Luftbetankung ist ein Problem, das die NATO wie die europäischen NATO-Staaten zu lösen haben. In beiden Fällen bietet sich auch das AWACS-Component-Modell als Organisationsform an, da es früher oder später als Nebenwirkung zu einer Reduzierung der Typenvielfalt und damit zur Verringerung der Betriebskosten führen würde.

Schließlich nenne ich als Manko der europäischen NATO-Luftstreitkräfte deren gegenwärtig zu geringe *Combat Search and Rescue* (CSAR)-Fähigkeit. Heute ist es für die überwiegende Mehrzahl der europäischen Luftstreitkräfte nahezu unmöglich, binnen Stunden Operationen zur Rettung abgestürzter oder abgeschossener Piloten aus Feindesland durchzuführen. Für die Moral des Piloten aber ist es unerlässlich, die Gewißheit zu haben, in kürzester Zeit gerettet werden zu können, wie dies in der Kosovo-Operation geschah, obwohl

die serbische Seite Himmel und Hölle in Bewegung setzte, die NATO-Piloten gefangen zu nehmen. Die europäischen CSAR-Fähigkeiten sind gegenwärtig unzureichend. Abhilfe könnte natürlich wiederum eine multinationale CSAR-Truppe sein, doch würde ich einem Ansatz den Vorzug geben, der einheitlich ausgebildete und innerhalb der NATO völlig interoperable nationale CSAR-Elemente der europäischen NATO-Nationen vorsieht. Der Grund hierfür ist die Komplexität und Sensitivität von CSAR-Operationen, die schnelle Entscheidung und kurze Befehlswege verlangen und beides ist national leichter machbar als in einer multinationalen Struktur.

Eine auf Luftkrieg beschränkte Operation wie Kosovo läßt natürlich andere Mängel wie fehlenden See- und Lufttransport nicht sofort ins Auge fallen, sie sollen aber nicht unerwähnt bleiben. Handlungsfähigkeit in Krisen setzt auch die Fähigkeit voraus, Truppen über größere Entfernungen zu verlegen und versorgen zu können. Die fehlt in Europa gegenwärtig und muß entweder durch Pooling vorhandener Kräfte oder durch Schaffung multinationaler See- und Lufttransportverbände bewerkstelligt werden, damit Europa entweder eigenständig oder ergänzend zu amerikanischen Kapazitäten handeln kann.

Die eingehende und gründliche Auswertung aller gewonnenen Erfahrungen mag weitere Erkenntnisse bringen, aber die genannten Punkte (und damit die Notwendigkeit für Europa jetzt endlich zu handeln) werden nicht verändert, allenfalls verstärkt werden. Es ist nicht die Zeit, neue Papiere zu entwerfen, es ist Zeit zu handeln, denn die nächste Krise kommt bestimmt. Die eingeschränkte Rolle Europas im Kosovo-Konflikt sollte die Geburtsstunde einer leistungs- und handlungsfähigen, in die NATO integrierbaren und mit den USA voll interoperablen europäischen Verteidigungsidentität einläuten. Geschieht hier nichts, dann bleiben die weitreichenden und begrüßenswerten Entscheidungen der EU in Köln eine weitgehend leere Hülle.

War Kosovo das Modell für die Zukunft? Ich glaube das nicht, aber ich meine, Kosovo könnte einen Anstoß gegeben haben, an dessen Ende eine Weiterentwicklung des Völkerrechts durch die allgemein anerkannte und geregelte humanitäre Intervention stehen könnte. Wo Völkermord droht, darf die Ausrede „innere Angelegenheit“ nicht gelten. Das allerdings ist ein Weg von noch unbestimmter Länge.

Kosovo wird hoffentlich zur baldigen Ausformung einer europäischen Sicherheitsidentität innerhalb der NATO führen und damit zu einer EU, die in allen Feldern der Politik handlungsfähig wird. Dies würde auch die unerläßliche Bindung der USA an Europa festigen. Kosovo wird hoffentlich auch die Zögernden überzeugen, daß Konfliktverhinderung heißt, frühzeitig Entschlossenheit zu zeigen. Dann mag es gelingen, Krieg zu verhindern. Kosovo wird sicherlich zu Veränderungen in den Streitkräfteplanungen der NATO-Länder führen und für die ohnehin vorgesehene Überprüfung der NATO-Streitkräftestrukturen manche Anregung geben.

Kosovo sollte zu einem Neuanfang des Verhältnisses NATO-Rußland führen, das gegenseitige Sicherheit durch Kooperation gewährleistet, in dem Rußland seine heutige Position annimmt und entsprechend handelt. Das wiederum würde Rußland erlauben, auf seine Verlässlichkeit infrage stellende Aktionen wie den Coup von Pristina zu verzichten.

Kosovo muß schließlich zu einer umfassenden Stabilisierung Südosteuropas führen, in der die NATO das sichere Umfeld schafft, die EU und vielleicht G 7 den Wiederaufbau Südosteuropas vorantreiben und die OSCE für Demokratisierung sorgt. Diese Aufgabe geht weit über den Wiederaufbau des Kosovo und Jugoslawiens hinaus.

Schließlich könnte aus Kosovo die Hoffnung Gestalt gewinnen, daß dies für Europa das Ende von Krieg als Mittel der Politik in Europa bedeutet und auf jeden Fall das Ende einer

Innenpolitik, in der ein Staat unter Berufung auf Souveränität mit seinen Bürgern machen konnte, was er wollte.

Kosovo könnte somit Endpunkt des Europas der Kriege sein und Anfang eines Europas der Kooperation, in der die Rolle des Nationalstaates in der Außen- und Sicherheitspolitik zunehmend in den Hintergrund tritt. Träte dies ein, dann könnte man doch noch sagen: Ende gut, alles gut, auch wenn der Weg noch weit ist.

General i.R. Klaus Naumann
ehemaliger Vorsitzender des Militärausschusses der NATO
und Generalinspekteur der Deutschen Bundeswehr

